

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Herbergstraße 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 4 Rthl. 16 Sgr. — Inland: in Berlin: A. Kettenberg, in Danzig: J. J. Neumann, in Glogau: J. Neumann, in Breslau: J. Neumann, in Frankfurt a. M.: J. Neumann, in Leipzig: J. Neumann, in Wien: J. Neumann.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.
Angelommen den 16. Jan., 7 1/2 Uhr Abends.
Berlin, 16. Jan. Die „Kreuztg.“ sagt über das Nichterscheinen der Mehrheit der Abgeordneten in der Domkirche und im Weißen Saale: In beiden Momenten liege eine Sonderung von der Kirche und dem Königthum. — Die „Zeidl. Corresp.“ theilt mit, daß die conservativen Abgeordneten in einer heute zu haltenden Fraktionsung darüber berathen werden, ob ein Vorschlag zum Erlass einer Adresse gemacht werden solle. — Nach der „Kreuztg.“ wird morgen dem Abgeordnetenhaus die Budgetvorlage pro 1865 zugehen.

Angelommen 16. Januar, 6 Uhr Abends.
Berlin, 16. Jan. Die „N. N. Z.“ schreibt in Betreff der Mittheilung des Inhalts der österreichischen und preussischen Depeschen in der Wiener „Presse“ (1. gestrige Abend-Blz.): Die Angaben über den Inhalt der einen österreichischen Depesche ließen sich nicht genau beurtheilen, weil dieselbe als ganz vertraulich hier nur vorgelesen und nicht mitgetheilt sei. Die andere Angabe seien theilweise richtig, theils falsch, theils entsetzt.

Dr. v. Bockum-Dolffs ist zum zweiten Vice-Präsidenten des Abgeordnetenhauses wiedergewählt. Morgen werden im Abgeordnetenhaus Regierungsvorlagen erwartet. (Wiederholt.)

Berlin. Der Correspondent der „Pos. Bz.“, der „Magd. Bz.“ und der „Königsb. Bz.“ in militärischen Angelegenheiten giebt folgende Angaben über die Beteiligte der Armee am dänischen Kriege. Er schreibt: „Nach den neuerdings erst bekannt gewordenen genauen Ziffern sind bei der theilweisen Mobilmachung der Armee während des letzten dänischen Feldzuges 43,000 Mann Infanterie wirklich mobil gemacht worden und vertheilt sich die einzelnen Kategorien der Dienstpflichtigen hierbei: 23,000 Mann im ersten bis dritten Dienstjahr, 15,600 Mann Reservisten im ersten und fünften Dienstjahr und 2338 Landwehrlente der beiden jüngsten Jahrgänge. Es sind aber bekanntlich die Bataillone nur zu 800 Mann formirt worden, während die Kriegsstärke derselben eigentlich 1002 Combattanten beträgt und würden, um diese zu erreichen, noch 10,800 Landwehrlente haben einbezogen werden müssen, wozu die beiden nach der neuen Militär-Organisation der Reserve zugetheilten jüngsten Landwehr-Jahrgänge kaum noch ausgereicht haben dürften. Die Ersatzbataillone der 18 ins Feld gerückten Infanterie-Regimenter sind ipso facto nur zu je 350 Mann formirt gewesen und bestanden dieselben aus: 500 von den betreffenden Regimentern dahin abcommandirten Unteroffizieren und Capitulanten, 4000 Neuangehobenen, 1400 einbezogenen Reservisten und 470 Landwehrlenten, die factische Kriegsstärke dieser Bataillone findet sich indeß auf je 1000 Mann normirt und wofern dieselbe hätte erreicht werden sollen, würden hierzu noch fernere 11,000 Wehrmänner haben einbezogen werden müssen, wobei unzweifelhaft bis zum dritten und vierten Jahrgang der Landwehr, wo nicht noch darüber, hätte zurückgegriffen werden müssen. Um nun, incl. dieser Ersatzbataillone, 62,000 Mann Infanterie aufstellen zu können, würden demzufolge nicht weniger als nahezu 25,000 Landwehrlente haben aufbezogen und einbezogen werden müssen und die beiden zur Reserve geschlagenen jüngsten Jahrgänge der Landwehr noch keinesfalls ausreichend gewesen sein. Es wird sich zwar das Verhältnis der Reservisten binnen einigen Jahren dadurch wesentlich günstiger stellen, daß die seit 1860 erhöhte jährliche Ausbildungsquote sich dann durch sämtliche Reserve-Jahrgänge bis zur Landwehr hinauf geltend macht; allein dessenungeachtet unterliegt es keinem Zweifel, daß bei dreijähriger activer Dienstzeit und der jetzigen Friedensstärke der Bataillone von 526 Mann die frühere fünf- und selbst die durch die neue Militär-Organisation acceptirte siebenjährige Kriegspflicht nicht hinreichen werden, die Linienarmee auf Kriegsfuß zu setzen und zugleich die Ersatztruppen in der für dieselbe bestimmten Stärke aufzurichten. Unter Hinzuzugung noch einiger anderen Umstände stellen sich übrigens die Dinge eigentlich noch viel ungünstiger. Es sind nämlich zur Ergänzung der 18 im letzten Feldzuge aufbezogenen Linien-Regimenter über 300 Landwehr-Offiziere dabei einbezogen gewesen und es ist nur dadurch möglich geworden, die Linien-truppen in einen einigermaßen ausreichenden Offizierstand zu versetzen. Factisch und eingestandenemassen würde es nach dem aber für den Fall einer allgemeinen Mobilmachung mit den größten Schwierigkeiten verknüpft, wo nicht geradezu unmöglich gewesen sein, noch gleichzeitig die mit jenen Linien-Regimentern correspondirenden Landwehr-Regimenter aufzustellen, es dürfte bei dem großen Ueberschuß der Letzteren an die Ersteren sowohl an Mannschaft, wie Offizieren und wahrscheinlich auch an Material dazu gefehlt haben. Da dasselbe Verhältnis natürlich für die gesammte Armee obwaltet, würde demnach zwischen dem nominellen und wirklichen Bestand derselben eine außerordentliche Differenz stattfinden und muß namentlich eine fernere active Verwendung der Landwehr bis dahin sehr zweifelhaft erscheinen, daß es gelingt, den Bestand an Offizieren und Reservisten bei den Linientruppen auf eine für alle Eventualitäten ausreichende Stärke zu bringen. Das Erstere ist trotz allerhiesiger aufgewandten Anstrengungen bisher noch nicht gelungen und die Aussicht, daß es je gelingen werde, darf wohl auch aufgegeben werden, für das Letztere hingegen würde die Einführung der zwei- statt der dreijährigen activen Dienstzeit ein leichtes Mittel bilden. Factisch ist zu dem erwähnten Bedarf jetzt und für mehrere Jahre hinaus ja auch schon auf dieselbe zurückgegriffen worden, eine gesetzliche Anerkennung derselben Seitens der Regierung muß hingegen nach wie vor wohl als im höchsten Grade unwahrscheinlich angesehen werden.“

eine Druckchrift überreicht: „Das preussische Erbland Schleswig-Holstein“, mit einer colorirten Karte. Die Schrift ist dem Abgeordnetenhaus gewidmet, um „das Haus auf dem Antragsweg mit Prüfung der preussischen Erbsprüche an Schleswig-Holstein förmlich zu befassen und eine den Gegenstand in seinem Centrum ergreifende und ihn erschöpfende Beschlusnahme desselben zu erwirken.“ Sollte, heißt es im 6. Abschnitte, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses so verbleiben sein, bei einem früheren Votum beharrend, sich auf die Seite der deutschen Klein- und Vielstaaterei und des Augustenburgischen Privat- und Parteiinteresses gegen das eigene Vaterland zu rangiren, so dürfte es nothwendig geworden sein, speziell über diese Frage durch Auflösung des Hauses und Anordnung von Neuwahlen unmittelbar das Land selber zu Rathe zu ziehen“ u. s. w. Der Verfasser nennt den Erbprinzen von Augustenburg einen „Prinzling“. Von den Holsteinern, besonders aber von der Kieler Universität wird in einem Tone geredet, der selbst die Leser des Zuschauers in der „Kreuztg.“ überraschen dürfte.

Durch S. M. den König ist eine Abänderung des § 13 der Allerhöchsten Verordnung über die Ergänzung der Offiziere des stehenden Heeres vom 31. October 1861 genehmigt worden. Demzufolge ist es gestattet, daß fortan diejenigen charakterisirten Portepeeführer, welche vor vollendetem 17. Lebensjahre in die Armee eingetreten sind und einen Feldzug mitgemacht haben, nach zurückgelegter vorgeschriebener Dienstzeit bei vorhandener Qualifikation, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, zur Ertheilung des Zeugnisses der Reife und demnachigen Beförderung zum wirklichen Portepeeführer in Vorschlag gebracht werden dürfen. Für diejenigen charakterisirten Portepeeführer obiger Kategorien, welche den Feldzug von 1861 mitgemacht haben, soll die Allerhöchste Bestimmung rückwärts rückwärts erhalten, so daß die Truppen-Commandeure befugt sind, für die Betreffenden, nach Maßgabe ihrer Dienstzeit und Würdigkeit eine entsprechende Vordatirung der Reifezeugnisse und der Patente als Portepeeführer zu beantragen.

(Berl. M.-Z.) Am Sonnabend hielt der greise Historiker Prof. Friedrich von Raumer in der Singacademie einen Vortrag, dem auch S. M. der König beiwohnte, über „amerikanische Staatsmänner und Redner“. Dieser Vortrag, welcher mit George Washington begann, bestand zum größten Theil aus Citaten der kritischsten Staatsmänner. Die angeführten Stellen enthielten meist politische Sentenzen von der tiefgreifendsten Bedeutung nicht nur für nordamerikanische Verhältnisse. Die „M.-Z.“ wünscht den Druck des Vortrages. Derselbe schloß mit den Worten: „Möchte man vor Allem der Wahrheit eingedenk bleiben: ein Land zerfällt, das uneins ist, in sich selbst!“

(M.-Z.) Die neuesten Nummern der „Zeitschrift des k. preussischen statistischen Bureau“ enthalten einen Aufsatz über die Frequenz der Strafanstalten für Luchthaussträflinge in der preussischen Monarchie während der Jahre 1858 bis incl. 1863, in dessen Tabellen die statistischen Resultate provinzenweise zusammengefaßt und die Provinzen wiederum mit dem Staate verglichen sind. Die bekannte Thatsache, daß die Schulbildung von erheblichem Einfluß auf die Intensität des Verbrechens ist, wird von Neuem, mehr aber noch zu Gunsten der Frauen, als der Männer, bewahrheitet. Von 1000 eingelieferten Männern sind 178 solche, die weder lesen, noch schreiben können, dagegen von 1000 eingelieferten Frauen deren 273. Es ist und bleibt eine Wahrheit, daß das Verbrechen wirksamer durch Bildung, als durch Strafe bekämpft wird. Auch der Familienstand wirkt mächtig auf das Verbrechen. An und für sich sprechen die Zahlen der Eingelieferten schon zu Ungunsten der unehelich Geborenen, besonders aber sind es die weiblichen unehelich Geborenen, welche auf die Bahn des Verbrechens und von da ins Luchthaus gedrängt werden. Es scheint überhaupt die Hilflosigkeit zu sein, welche Frauen vorzugsweise zu verbrecherischen Handlungen treibt. Denn während der ledigen und verheiratheten Frauen (bei Reduktion der Gesamtzahl der männlichen und der ledigen und verheiratheten Männer, so findet das Gegenheil statt bei den verwitweten und geschiedenen Frauen gegenüber den verwitweten und geschiedenen Männern. Das Erstere in der großen Mehrzahl hilflos sind, als Letztere, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Ein Anzahl belgischer Fabrikanten hat durch Vermittlung der belgischen Regierung bei der preussischen um Aufhebung der Eingangszölle auf Magnetsteine, Seife, Harzöl etc. petitionirt.

Posen, 14. Jan. (Ost. Bz.) Der Zeichenlehrer an der hiesigen Realschule, Hr. Marian v. Jarocznski, der nach langer Untersuchungshaft im Polenprozeß freigesprochen worden ist, wurde vorgestern in Folge einer Verfügung des Provinzial-Schul-Collegiums wieder in sein Amt eingeführt, nachdem er von demselben ein Jahr hindurch suspendirt gewesen war.

Wien. Das feudale Wiener „Vaterland“ schreibt: „Wir österreichischen Conservativen bedauern, Herrn v. Bismarck in seiner überaus schwierigen Lage so wenig unterstützen zu können; so fest unsere Hoffnung beim Kaiser steht, so haben wir doch keinen Minister, auf den wir rechnen könnten, wie unsere preussischen Freunde auf Bismarck“. Das „Vaterland“ begrüßt die Eröffnung des Landtages in Berlin in einem langen Artikel, in dem das Blatt Gift und Galle bei dem bloßen Gedanken ist, es könne möglicherweise zu einer Ausöhnung kommen.

England. London, 12. Jan. Die Affsenverhandlungen gegen den des Nordes angeklagten Ferdinand Carl Kohl nahmen gestern vor dem Central-Criminalgerichtshofe ihren Anfang. Er war, wie früher erwähnt, angeklagt des Nordes von Johann (alias Christian) Fuhrop, welchen er aus Deutschland, wohin er im Sept. v. J. gereist war, mitgebracht hatte. Am 8. November war der Leichnam des Fuhrop an einem schiffbewachsenen Plage am Gestade der Themse gefunden, aber ohne Kopf. Die Verhandlungen endeten heute, indem die (auf Verlangen des Angeklagten aus Deutschen

und Engländern gemischte) Jury nach halbstündiger Berathung das Schuldig aussprach. Kohl wurde demnach zum Tode verurtheilt. Der Fall hat keine besondere Aufmerksamkeit erregt.

Frankreich. Paris. Der halboffizielle „Constitutionnel“ sucht zu beweisen, daß die Regierung nach dem französischen Gesetze verpflichtet war, das Verlesen der päpstlichen Encyklika zu verbieten. Er sagt: „Die in der Encyklika aufgestellten und so unumwunden den Grundätzen der französischen Staats-Einrichtungen, wie den modernen Ideen widersprechenden Lehren durften von den katholischen Kanzeln nicht mit Zustimmung der Regierung verkündigt werden. Das würde schwere Unannehmlichkeiten, ja, selbst Gefahren zur Folge gehabt haben. Ein Priester ist Seelsorger, und was man auch sagen mag, eine Zeitung, die vor Lesern eine Sache erörtert, leicht keineswegs demjenigen, der zu den Gläubigen von der Kanzel herab redet, von wo nur unfehlbare Lehren unter Verkündigung ewiger Belohnungen oder ewiger Bestrafungen sich herab ergießen. Wenn ein Gerichtsbeamter in einem Buche, in einer Flugschrift, in einem Zeitungsartikel seltsame Lehren aufstellt, so kann das seinem Ansehen schaden, doch er übt sein gutes Recht; wenn er aber seine ämterlichen Einfälle bei Abfassung eines Urtheils einfließen lassen und seine Robe mißbrauchen wollte, um gegen das Gesetz zu donnern, so wäre das ein ander Ding. Renan hat ein Buch drucken lassen, das eine große Anzahl von Auflagen erlebte; es war sein Recht als Schriftsteller. Als er aber auf seiner Lehrkanzel im College de France als Professor die religiösen Ueberzeugungen der Mehrheit der Franzosen angriff, da gestattete die Regierung, welche die Verantwortlichkeit der Ueberwachung und die Pflicht des Schutzes hatte, ihm nicht ferner, diese Lehrkanzel zu betreten. Daher kann die Frage, die man bei sonnenklarer Zeit zu verdunkeln sucht, und der Umstand, daß die Bischöfe gegen das Rundschreiben des Siegelbewahrs aufstehen, auch nicht einen Augenblick irre führen. Diese Bischöfe verpesten das Gesetz und verpesten das Land, worin sie leben, zu Gunsten von Ideen, welche von dem Gange der Zeit und dem Fortschritte der Civilisation verurtheilt sind.“ So das Organ der Regierung. Dagegen beansprucht der Bischof von Poitiers in seinem in den Blättern abgedruckten Proteste:

„In Anbetracht, daß wir, die wir gesetzlich als Hirten dieser Kirche von Poitiers eingesetzt sind, dadurch auch selbst als Richter des Glaubens und der Lehre befehligt sind, kraft unserer bischöflichen Autorität und durch die Macht, die wir vom heiligen Geiste empfangen haben, verdammen und ächten wir mit dem Oberhaupte der Kirche, nach ihm und in demselben Sinne wie er, alle von ihm verdamnten und geächeten Irrlehren, und wir wollen, daß gegenwärtiger Hirtensbrief, der von uns in unserer Cathedralkirche bei der Feier der Epiphanie unseres Herrn verlesen wurde, als veröffentlicht und verurtheilt in unserem Sprengel erachtet werde.“

In gleicher Weise beansprucht der Bischof von Poitiers das Recht der Censur. Er sagt wörtlich: „Wir können nicht glauben, daß ein Menschenwille Anspruch erhebe, und die Ausübung eines Rechtes zu rauben, das wir persönlich von Gott haben, das Recht, jeden Schriftsteller zu bezeichnen und zu verdammen, der durch Verbreitung von Schriften auf dem unserer kirchlichen Gerichtsbarkeit unterworfenen Gebiete die Religion, die Wahrheit oder die Gerechtigkeit angreift und dem Seelenheile der Christen schadet. Daher haben wir Kenntniß von den Aufstellungen mehrerer Zeitungen genommen, namentlich in der „France“, im „Constitutionnel“, im „Pays“. Wir haben dieselben der Censur, der Verwerfung und Verdammung würdig erachtet, und somit censurirt, verworfen und verdammen wir sie als irrig, falsch, keckerisch und gottlos.“

Italien. Das heilige Collegium hat den Cardinal Andrea aufgefordert, unverzüglich nach Rom zurückzukehren; im Falle der Weigerung wird dem Vernehmen nach disciplinär gegen ihn verfahren werden. Die römische Municipalität hat in ihrem Secretariate den Budget-Entwurf aufgelegt, um die Bemerkungen der Bürger darüber zu vernehmen.

Amerika. Newyork, 31. December. In einer am letzten Sonnabend im Lokale der Newyorker Handels-Kammer abgehaltenen Versammlung hervorragender Kaufleute und anderer Bürger wurde über ein passendes Zeichen der Anerkennung der Verdienste des Admirals Farragut berathen und beschlossen, 100,000 Dollars aufzubringen und in Bundesobligationen zur Verfügung des Admirals zu stellen. 23,000 Dollars wurden auf der Stelle gezichnet. — Contre-Admiral Porters Antheil an dem vom Nordatlantischen Blockade-Geschwader seit seiner Uebernahme des Commandos gemachten Prisen beläuft sich auf 200,000 Dollars. Bekanntlich erfolgte jene Uebernahme erst vor einigen Monaten. — Ein Gesetz passirte im Congresse der Vereinigten Staaten, wonach bei Anstellungen für das Post-Departement die Hautfarbe keinen Unterschied macht. — Admiral Porter berichtet, daß seine ganze Flotte am 24. December das Fort Fisher bombardirte, nachdem ein großes Pulverschiff mit 215 Faß Pulver bicht unter den Wällen des Forts explodirt war, ohne den Befestigungswerken merklichen Schaden zu thun. Im Verlauf einer Stunde war das Geschützfeuer des Forts zum Schweigen gebracht; zwei Magazine explodirten und das Fort brannte an mehreren Stellen. Das Bombardement wurde bis Dunkelwerden fortgesetzt. Am Nachmittage des 25. December landeten 3000 Mann unter Weigel auf der Rückseite des Forts und drangen bis ca. 150 Fuß Entfernung gegen dasselbe vor. Da ein erfolgreicher Angriff von dieser Seite her jedoch unmöglich befunden ward, kehrten die gelandeten Truppen theils noch am selben Abend, theils am folgenden Tage auf ihre Schiffe zurück.

Danzig, den 17. Januar.
* Ein Tassenkorb mit 6 Ober- und 2 Untertassen ist gestern Abend vor dem Hohen Thore als gestohlen ange-

